

Posse um vermeintliche Mehrwertsteuer-Pflicht

08.10.2020

Post Die Ulmer Jurex GmbH hätte keine Umsatzsteuer zahlen müssen. Doch der Staat erstattet bisher nichts.

Ulm. Die Gläubiger des 2011 insolvent gegangenen Postzustellers Jurex GmbH können Hoffnung schöpfen: Allein für das Jahr 2007, als der Spezialist für Amts- und Gerichtspost beim Finanzgericht Düsseldorf Musterklage eingereicht hatte, sind dem Ulmer Insolvenzverwalter Jochen Eisenbeis mit Zinsen jetzt drei Millionen Euro zugesprochen worden.

Der Hintergrund: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte im Oktober 2019 entschieden, dass es Unrecht war, dass der 2002 gegründete Postdienstleister – im Gegensatz zur Deutschen Post AG – 19 Prozent Mehrwertsteuer abführen musste. Der Bundesfinanzhof bestätigte im Febru-

ar 2020 das Urteil, wonach förmliche Postzustellungen von der Umsatzsteuer befreit sind.

„Das Geld fordern wir nun für die gesamte Zeit von 2003 bis 2011 ein“, sagt Christoph Hahn, ein Ulmer Steuerberater und Geschäftsführer der HWS Ulm GmbH & Co KG. Er betreut das Unternehmen seit 2007. Damals beteiligte sich der Ulmer Mitbewerber Direkt Express an der Jurex GmbH.

Kurz darauf ging die Direkt Express Gruppe mit Sitz in Ulm, an der eine Tochter des Axel Springer Verlags beteiligt war, gleichfalls pleite. Insolvenzverwalter Eisenbeis: „Die Deutsche Post AG, deren Monopol 1998 gefallen war, verschaffte sich so viele Wettbewerbsvorteile, dass die

Privaten selbst bei Ausbeutung ihrer Mitarbeiter keine Chance hatten.“

Um gleichfalls das Privileg der Befreiung von der Mehrwertsteuer zu erlangen, hatten die Privaten damals nachweisen müssen, dass sie bundesweit an sechs Tagen pro Woche zustellen. Dazu mussten sie wachsen und viel investieren – und bekamen die Freistellung doch nicht. Pikantes Detail: Der Abteilungsleiter im Bundesfinanzministerium, der im Rang eines Staatssekretärs seit 2006 für die Mehrwertsteuer zuständig ist, gehört dem Aufsichtsrat der Deutschen Post AG an.

Obwohl der EuGH klar gestellt hat, dass der Bund die vereinbarte Umsatzsteuer seit dem



Briefsortierung bei der Deutschen Post, die lange Zeit ein Umsatzsteuerprivileg genoss.

FOTO: MARTIN SCHUTT/DPA

Jahr 2003 erstatten muss, fließt aber noch immer kein Geld. Am 7. September teilte das Finanzamt Düsseldorf-Mitte Steuerberater Hahn schriftlich mit, der Vorgang liege nun zur Prüfung bei den oberen Finanzbehörden und werde nun auf Bund-Länder-Ebene erörtert.

„Jetzt hat der Staat verloren und zickt immer noch herum“, sagt Eisenbeis. „Das ist für das Rechtsempfinden der Bürger skandalös.“ Eisenbeis, der den Rechtsstreit seit der Einsetzung als Insolvenzverwalter vor neun Jahren vorangetrieben hat: „Wenn das Geld fließt, erzielen wir eine Quote von mehr als 100 Prozent für die Gläubiger, das gibt es selten.“
Leonhard Fromm